

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

«Antirömischer Affekt» rund um die Bischofsweihe von Wolfgang Haas

Weihbischof Msgr. Wolfgang Haas nimmt im VOLKSBLATT-Interview zu verschiedenen Streitpunkten Stellung

Auch nach der am vergangenen Pfingstmontag erfolgten Einsetzung zum Weihbischof von Chur scheint es um die Ernennung des 40jährigen Liechtensteiner Wolfgang Haas nicht ruhiger zu werden. Nachdem sich der neue Bischofskoadjutor vor der Weihe aus prinzipiellen und besonders auch aus zeitlichen Gründen den kritischen Fragen der Medien nicht stellte, wird er nun von entsprechenden Anfragen förmlich überfordert. Da das Geschehen um seine Amtseinsetzung in seiner Heimat natürlich mit besonderem Interesse verfolgt wird, stellte sich Msgr. Wolfgang Haas nun am Donnerstagabend am Bischöflichen Hof in Chur zu einem umfassenden Interview zur Verfügung, welches wir auf Seite 3 dieser Ausgabe wiedergeben und in wesentlichen Aussagen nachstehend zusammenfassen.

In der Auseinandersetzung um die Ernennung meldeten und melden sich vor allem die Kritiker zu Worte, die sich als Basis bezeichnen und vielen Schweizer Medien immer wieder neue Gegenargumente aufzeigen. Als ganz wesentlich wurde genannt, dass mit der Wahl von Wolfgang Haas durch den Bischof ein klares Privileg des Domkapitels übertragen wurde. Dazu Wolfgang Haas: «Dieses Privileg des Domkapitels bezieht sich nur auf die besondere Situation der Sedisvakanz, also auf das Unbesetztsein des bischöflichen Stuhls. Somit kommt das Privileg in diesem Fall überhaupt nicht zum Tragen.» Der neue Weihbischof bestätigte erneut seinen Willen, vom Nachfolgerecht Gebrauch zu machen, da er hierzu im Sinne des Gehorsams verpflichtet sei.

Konservative Linie

Überhaupt nicht ins Konzept passt der Bischofskoadjutor den reformfreundigen Kritikern, welche Befürchtungen hegen, dass durch die Ernennung des konservativen und romtreuen Liechtensteiner die Entwicklung im Bistum Chur rückwärts geht. Bezüglich der Lockerungen des

Zweiten Vatikanischen Konzils sprach sich der Weihbischof uns gegenüber dafür aus, dass die Aussagen des Konzils richtig verstanden werden müssen. Im wesentlichen gehe es darum, die Tradition des christlichen Glaubens so zu wahren, wie sie seit Jahrhunderten weitergegeben wird. Wolfgang Haas steht dazu, dass er in diesem Sinne konservativ sein mag. Allerdings, sollte der überlieferte Glaube in der ursprünglichen Form weitergegeben werden, dann scheinen solche Bewahrer oder Konservative wohl nötig.

Auf die vorwiegend negative Meinungsumfrage der Schweizer Medien angesprochen, zeigte sich Msgr. Haas besorgt, dass damit vor allem die Gläubigen belastet und verunsichert würden. Die aggressive Art, sich derart gegen einen romtreuen und mit dem Papst in guter Beziehung stehenden Mann zu äussern, sei vom Theologen Hansurs von Balthasar als «antirömischer Affekt» bezeichnet worden.

Lesen Sie hierzu das ausführliche und umfassende Interview auf Seite 3 dieser Ausgabe.



Weihbischof Monsignore Wolfgang Haas nahm am Donnerstag am Bischöflichen Hof in Chur im Rahmen eines Interviews gegenüber dem VOLKSBLATT Stellung zu verschiedenen kritischen Fragen und Streitpunkten im Zusammenhang mit seiner Ernennung. (Bild: Risch)

«Liechtenstein wohin?» jetzt überlegen

Die FBP-Fraktion begründete im Landtag ausführlich ihre Wirtschaftsinterpellation

«Es ist höchste Zeit, dass alle Möglichkeiten und Alternativen eines gangbaren Wirtschaftsweges geprüft werden und dass sich die Regierung nicht in den Rucksack der Schweiz verkriecht». Mit diesen Worten begründete der FBP-Abgeordnete Dr. Dieter Walch die FBP-Interpellation über die Zukunft der Wirtschaft in Liechtenstein. Aus anderer Sicht beleuchteten auch Josef Biedermann (FBP) und Heinz Ritter (FBP) den parlamentarischen Vorstoss, der die Regierung zum Handeln zwingen soll.

Die von der FBP-Fraktion eingebrachte Interpellation richtet an die Regierung die Frage nach der bevölkerungsmässigen Entwicklung, nach der zunehmenden Überfremdung am Arbeitsplatz sowie nach den Zielvorstellungen der Regierung über die Zukunft der liechtensteinischen Volkswirtschaft. Die drei Fragen sind insbesondere auch im Hinblick auf die Position Liechtensteins gegenüber den Bestrebungen zur Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes in Europa bis 1992 zu sehen.

FBP-Fraktions Sprecher Josef Biedermann wiederholte bei der Begründung die Grundlagen, die zum wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes beigetragen haben: Richtige politische und wirtschaftliche Weichenstellungen, Wille der Bevölkerung zur Leistung, Zollvertrag mit der Schweiz und Unterstützung durch ausländische Fachkräfte. Dann wies er aber auch auf die

Schattenseiten dieser Entwicklung zum beinahe überbordenden Wohlstand hin und erklärte, die Fragen «Liechtenstein wohin?» müsse heute gestellt werden, und nicht erst, wenn es vielleicht schon zu spät sei. Er forderte von der Regierung eingehende Studien, denn auf diese Daten seien wir auch zur «Erhaltung der Garantieversprechen unseres Sozialsystems in der weiteren Zukunft und für wirtschaftspolitische Entscheidungen angewiesen.»

Der FBP-Abgeordnete Heinz Ritter wies auf die Überfremdung am Arbeitsplatz hin, die vor allem im zweiten Wirtschaftssektor überdurchschnittlich und im Dienstleistungsbereich zunehmend sei. Nach seinen Worten gilt es, vermehrt das Augenmerk auf die Überfremdung am Arbeitsplatz zu richten und nach Lösungen zu suchen, die weitgehend auf die Wünsche des Kleinstaatess nach Erhalt seiner eigenen Identität Bedacht nehmen wie auch

Rücksicht auf die Interessen der Wirtschaft.

Mit recht deutlichen Worten forderte der FBP-Abgeordnete Dr. Dieter Walch die Regierung auf, die wirtschaftlichen Weichen in Richtung «europareif» zu stellen. Nach seiner Erklärung ist der Zollvertrag mit der Schweiz revisionsbedürftig und die Notwendigkeit erkannt, bis 1992 eine neue Basis zu schaffen. Diese Frage, erklärte er, «ist für unseren Staat existentiell von allergrösster Bedeutung, so dass ein Welterschlafen staatsbedrohend erscheint.»

Der Landtag überwies am Mittwoch die FBP-Interpellation an die Regierung, die nun die Aufgabe hat, auf die aufgeworfenen Fragen eine Antwort zu geben. (G.M.)

Die Begründung der FBP-Interpellation durch die Abgeordneten Biedermann, Ritter und Walch finden Sie auf Seite 5 der heutigen Ausgabe.

Reagan lobt Glasnost und kritisiert Unfreiheit

In Helsinki Gorbatschows Politik benotet – Einhaltung des KSZE-Abkommens angemahnt

Helsinki (AP) US-Präsident Ronald Reagan hat zwei Tage vor dem Moskauer Gipfel die Politik des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow zugleich gelobt und getadelt. Einerseits würden im Zuge der Politik der Offenheit (Glasnost) Dissidenten aus Arbeitslagern entlassen und Bücher und Filme, die das kommunistische System kritisieren, weiter verbreitet. Andererseits hinke die Wirklichkeit in der Sowjetunion – zumindest jetzt noch – den Verpflichtungen hinterher, die die UdSSR 1975 in Helsinki eingegangen sei, sagte Reagan in der finnischen Hauptstadt, wo er auf dem Weg nach Moskau bis Sonntag Zwischenstation macht.

Reagan sprach in der Finnlandia-Halle, wo sich auf der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) die Sowjetunion neben 34 anderen Staaten unter anderem verpflichtet hatte, die Menschenrechte zu achten. Heute, 13 Jahre später, stehe die Zusammenarbeit von getrennten Familien und Heiratswilligen immer noch auf der Tagesordnung von Ost-West-Verhandlungen, sagte der Präsident. Die Zahl der Menschen, denen die Ausreise aus der



Auf dem Weg zum Moskauer Gipfeltreffen kam US-Präsident Ronald Reagan gestern in Helsinki mit dem finnischen Präsidenten Mauno Koivisto zusammen.

UdSSR erlaubt werde, unterliege künstlichen Quoten und willkürlichen Regelungen.

Während der Rede demonstrierten etwa 50 Mitglieder einer amerikanischen jüdischen Organisation in Helsinki für ihre Glaubensbrüder in der Sowjetunion. Morris Abram, der Vorsitzende des amerikanischen Nationalen Rates für sowjetische Juden, sagte vor Journalisten, jedes Abkommen beruhe auf Vertrauen und Glaubwürdigkeit. Ob Juden aus der UdSSR ausreisen dürften, sei ein Test, ob Rüstungskontrolle erfolgreich sein könne.

Der frühere sowjetische Chefunterhändler bei den Genfer Abrüstungsgeprächen, Viktor Karpow, sagte unterdessen der Nachrichtenagentur TASS, die USA hätten den atomaren Langstreckenwaffen mehrfach ihre Zustimmung zu Kompromissen gegeben und dann wieder zurückgezogen. Sie hätten deutlich signalisiert, dass sie kein Abkommen über strategische Waffen während des am Sonntag beginnenden Gipfeltreffens unterzeichnen werden.

KOMMENTAR

Weshalb die VU-Mehrheit im Landtag auf der zeitlichen Priorität für das Vormundschaftsrecht beharrte, statt der von der Regierung vorgeschlagenen Marschrichtung einer Gesamtreform des Ehe- und Familienrechts zuzustimmen, lässt sich nicht mit Bestimmtheit sagen, sondern nur erahnen. Vor allem muss deshalb darüber spekuliert werden, weil dem Landtag keine plausible Erklärung für die starre Haltung abgegeben wurde. In einer Andeutung dürfte Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille einen der Kernpunkte getroffen haben, als er bemerkte, nach den parteipolitischen Gepflogenheiten in unserem politischen System werde auch noch derjenige mit Kritik bedacht, der umfangreiche – mehr als er müsste – Arbeit leiste. Die beiden Berichte über die Ge-

Gesetz zur Unzeit?

samtreform des Ehe- und Familienrechts kamen offensichtlich aus der falschen Ecke, sie kamen in den Augen der Mehrheitspartei – wie sich einer der VU-Exponenten ausdrückte – zur «Unzeit».

Was kann in diesem Zusammenhang «Unzeit» bedeuten, seit in einem Bericht der Regierung schon vor Jahren festgehalten wurde, dass die gleichen Rechte für die Frauen noch in vielen gesetzlichen Bestimmungen fehlen? Mit der Entscheidung der Mehrheitspartei ist zweifellos den Bestrebungen zur möglichst raschen und umfassenden Revision diskriminierender Gesetzesbestimmungen für die Frauen ein Bärendienst erwiesen worden. Nun hat nämlich die Regierung den Auftrag, zuerst das Vormundschaftsrecht zu revidieren, erst nachher die übrigen Bereiche des Ehe- und Familienrechts einer Revision zu unterziehen. Dabei hätte gerade die Reform des Ehe- und Familienrechts die Grundlage geschaffen, dass die für die Frauen diskriminierenden Elemente durch das Partnerschaftsprinzip zum Verschwinden gebracht würden. Das Vormundschaftsrecht kann zwar nach dem Willen der VU-Mehrheit revidiert werden, doch fehlt bis zur Durchsetzung des Partnerschaftsprinzips im Bereich des Ehe- und Familienrechts die feste Verankerung.

Die VU hat mit ihrer Stimmenmehrheit erneut ihren Standpunkt durchgesetzt, ohne ihren Schritt sachlich rechtfertigen zu können. Wenn man sich vor Augen hält, dass eine durchgreifende Rechtsreform zur Verankerung der gleichen Rechte für Mann und Frau und zur Durchsetzung des Partnerschaftsprinzips eine recht lange Zeit beansprucht, wird die Entscheidung der VU-Mehrheit unverständlich. Wer es ernst meint mit der Gleichberechtigung, der müsste eigentlich für eine möglichst umfassende und möglichst rasche Gesamtreform eintreten. Und in diesem Falle könnte eine Gesetzesvorlage auch nicht zur «Unzeit» dem Parlament vorgelegt werden. (G.M.)

Engere kulturelle Zusammenarbeit in EG

Brüssel (AP) Die zuständigen Fachminister der Europäischen Gemeinschaft haben am Freitag in Brüssel die Voraussetzungen für eine engere kulturelle Zusammenarbeit in der EG geschaffen. Nach mehrjährigen zähen Verhandlungen einigten sie sich auf die Einrichtung eines EG-Ausschusses für Kulturfragen, dessen Mitglieder ausschliesslich Kulturschaffende sein sollen. Aufgabe dieses «Rates der Weisen» wird es sein, den Bürgern Europas mit Hilfe entsprechender Projekte die künstlerischen und geistigen Leistungen der anderen Völker näherzubringen und Verständnis für deren Mentalität zu erwecken.

Der Ausschuss soll von der EG-Kommission berufen werden und seine Vorschläge dem Ministerrat vorlegen, der die Projekte bewilligen muss. Die Kosten sollen von der EG, aber auch von der Privatwirtschaft getragen werden. Oberste Priorität hat der «audiovisuelle Sektor», also die Nutzung des Fernsehens. Ziel ist ein europaweites Fernsehprogramm.

Auswahl Beratung Service
ist unsere Stärke

Feederer Brillen Kontaktlinsen
Optik - mit der Sie sich sehen lassen können!
Grünaustrasse 1 · 9470 Buchs · Telefon 085 / 6 28 18